

VERTRAULICH

Protokoll der Arbeitssitzungen im Rahmen des
Besuches des jugoslawischen Aussenministers
Tepavac in Bern, vom 27. Juni 1969

1. Arbeitssitzung: 10.45 Uhr

Teilnehmer:

auf jugoslawischer Seite

Herr Staatssekretär Tepavac

" Vizestaatssekretär Vosnjak

" Direktor Mandic

" Botschafter Ilic

" Botschaftsrat Karadzinovic

" Uebersetzer Petnický

auf schweizerischer Seite

Herr Bundesrat Spühler

" Botschafter Micheli

" Botschafter Keller

" Miesch

" Natural

" Châtelain

" Müller

" Kaufmann (Protokoll)

Herr Spühler begrüsst die Gäste und weist auf die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern hin, die gekennzeichnet sind durch das Fehlen hängiger Probleme. Er umreisst eine Liste von Gesprächsthemen, über die man sich unterhalten könnte; Europäische Sicherheitskonferenz; Resultate der Moskauer Konferenz; die innere Entwicklung der Sowjetunion im Verhältnis zur Ost-West-Entspannung; Nahostkonflikt; am Nachmittag Fortsetzung der am Vormittag nicht zu Ende behandelten Themen sowie bilaterale Fragen (Handel).

Herr Tepavac dankt für den Empfang und drückt seine Genugtuung darüber aus, dass sein erster Besuch in der Schweiz stattfinden konnte; er hofft auf Verständnis dafür, dass er auf einem raschmöglichen Zustandekommen dieses Besuches insistiert hat. Mit den vorgeschlagenen Themen ist er einverstanden, wobei auf dem bilateralen Sektor das einzige Problem darin besteht, dass keine Probleme vorliegen; das ist ein gutes Zeichen für die gegenseitigen Beziehungen. Je enger die gegenseitige Zusammenarbeit, um so weniger bilaterale Probleme sind zu verzeichnen. Es sind noch lange nicht alle Möglichkeiten zur Zusammenarbeit ausgeschöpft. Zusätzlich möchte er vorschlagen, die Rolle der Grossmächte in Europa zu diskutieren sowie die engere Zusammenarbeit der blockfreien kleineren Staaten Europas. Auch über allfällige Divergenzen in den Ansichten sollte man offen sprechen, da dies ein besseres gegenseitiges Verständnis erlaubt. Indessen ist der Bereich, wo sich die Standpunkte decken, sicherlich sehr gross.

Herr Spühler umreisst die schweizerische Haltung zur Frage einer europäischen Sicherheitskonferenz. Der Budapester Appell wurde vom ungarischen Vertreter in Bern überreicht. Eine schweizerische Antwort erfolgte noch nicht, doch ist der schweizerische Standpunkt unter den Diplomaten in Bern ziemlich bekannt: die Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz sollte grundsätzlich akzeptiert werden; aber die Idee ist weder neu noch hat sie bisher irgendwelche Ergebnisse gezeigt. Es sollte andererseits zum voraus feststehen, dass eine internationale Konferenz zu irgendwelchen Resultaten führt, bevor sie einberufen wird. Es bestehen diverse Fragen: Kreis der einzuladenden Staaten (auch die mit der europäischen Sicherheit eng verknüpften USA und Kanada sollten beigezogen werden), Konferenzziele im Einzelnen, Methoden der Konferenzarbeit. Eine derartige Konferenz lässt sich nicht einfach aus dem Aermel schütteln, sie braucht vielmehr Vorarbeiten, eine Vorkonferenz. Dies bedingt, dass sich eine europäische Sicherheitskonferenz nicht so rasch wird zusammenfinden können. Auch sollte die Konferenz nicht bloss von den Grossmächten beherrscht werden,

- 3 -

sondern auch die Kleinen sollten mitreden können. Auch darf nicht vergessen werden, dass das Deutschlandproblem in die Konferenz hineinspielen wird; das Problem ist eine Folge des Weltkrieges, dem die Schweiz fern stand, und die Schweiz wird deshalb an Diskussionen über die Deutschlandfrage nicht teilnehmen; das ist vielmehr eine Frage für einen Friedensvertrag. Herr Tepavac stellt fest, dass in Bern das Problem einer Sicherheitskonferenz offenbar nicht leicht genommen wird. Auch in Belgrad glaubt man nicht an eine Konferenz, die alle Probleme auf einen Schlag lösen könnte. Indessen scheint doch, dass in Europa ein Druck der öffentlichen Meinung vorliegt, die bestehenden Probleme allmählich auf friedlichem Wege zu lösen, und in einer europäischen Sicherheitskonferenz den Aktionsbereich der Grossmächte gegenüber den kleinen und mittleren Staaten abzugrenzen. Europa spielt für die Frage der Sicherheit eine zentrale Rolle: die Berührungsfläche der beiden Blöcke ist in Europa am grössten und heikelsten. - Auch Belgrad hat nicht sofort eine Antwort auf den Budapester Appell erteilt, weil man nicht einfach annehmen oder ablehnen wollte. Gewisse Prinzipien des Appells unterstützt man in Jugoslawien. Zudem geht der Appell nicht bloss auf sowjetische Initiative zurück, sondern auch auf die anderer Länder, denen dies ein Weg scheint, die sowjetische Politik verbindlich an der Lösung von Konflikten teilnehmen statt ihr einfach freien Lauf zu lassen. Auch Belgrad erachtet eine sorgfältige Vorbereitung der Konferenz als unumgänglich, wobei allerdings diese Vorbereitung weniger in einer Diskussion der Prozedur bestehen sollte als vielmehr in einer allgemeinen Verringerung der Spannungen in Europa; die Konferenz sollte sich nicht in einer Atmosphäre abwickeln, die von den Ereignissen in der CSSR geprägt ist. Wenn einerseits der Budapester Appell den Interessen der sowjetischen Aussenpolitik entspricht, so bietet ^{er} andererseits einen Hebel, um die europäische Zusammenarbeit zu fördern, bevor die Konferenz einberufen wird. Jugoslawien befürwortet die Teilnahme der USA und der beiden Deutschland; wollte man eine Lösung der Deutschlandfrage abwarten, dann käme die Konferenz noch lange nicht zustande.

./.

- 4 -

Herr Spühler stellt fest, dass er keine grundlegenden Unterschiede in der Beurteilung sieht. Voraussetzung für einen Erfolg der Konferenz ist ein gewisses Vertrauen, und gerade dies wurde durch die Ereignisse in der CSSR erschüttert. - In Bern fragt man sich nach den Gründen für den Budapester Appell. Verfolgen alle Signatarstaaten dasselbe Ziel? Ging es vor allem der UdSSR darum, eigenen Schwierigkeiten auszuweichen, oder sahen die andern hier einen Weg zu gewisser grösserer Unabhängigkeit in der Aussenpolitik?

Herr Tepavac weist darauf hin, dass z.B. gerade die Rumänen stark an der Lancierung des Appells interessiert waren, ebenso die Ungarn. Die Intentionen der sozialistischen Länder sind heute nicht mehr alle identisch, sondern es gibt da Nuancen und Sonderinteressen, die in Rechnung zu stellen sind. Die Blöcke sind nicht mehr monolithisch. Allgemein ist das Interesse an sowjetischen Vorschlägen für eine europäische Zusammenarbeit, als Alternative für ein autonomes sowjetisches Vorgehen.

Herr Spühler bittet Herrn Tepavac um eine Interpretation der Ergebnisse der Moskauer Konferenz, da Belgrad die Oststaaten besser kennt als die Schweiz.

Herr Tepavac unterstreicht, dass Jugoslawien in Moskau nicht vertreten war, und dass das Resultat der Konferenz noch nicht gründlich analysiert worden ist. - Obschon es an sich in Moskau um Beziehungen zwischen politischen Parteien ging, erstreckte sich der Problemkreis doch in erster Linie auf internationale Beziehungen, und zwar auf Aspekte der sowjetischen Aussenpolitik; erstens ging es den Sowjets um ihre Stellung gegenüber China (China ist im Begriff, eine Grossmacht zu werden, und die Sowjetunion ist sich klar darüber, dass bald kein Problem der Weltpolitik mehr ohne Mitwirkung Chinas wird gelöst werden können; darauf weist auch die Toleranz hin, die sich UdSSR und USA gegenseitig beweisen, wobei jeder alles daran setzt, die Beziehungen des anderen zur kommenden dritten Grossmacht zu beeinträchtigen; die bipolare Welt neigt sich ihrem Ende zu); zweitens wollte die Sowjetunion ihre Stellung im Hinblick auf die Aussöhnung zur USA stärken und beweisen, dass sie nicht nur das Haupt der sozialistischen Länder ist, sondern auch über Einfluss in Drittländern, via die dortigen Linksparteien, verfügt; drittens wollte die UdSSR ihre Position in der

./.

dritten Welt festigen, indem sie im Schlusssdokument alles einschloss, was den Interessen der dritten Welt entspricht (Anti-Imperialistische Konferenz etc.); viertens endlich wollte die Sowjetunion die Weltöffentlichkeit von der CSSR ablenken, um dort raschmöglichst und ohne viel Aufsehen Lösungen nach ihrem Sinne durchzusetzen. Indessen nahmen an der Konferenz auch sozialistische "dissidente" Länder teil, die gerade deswegen teilnahmen, weil sie vor diesem Forum ihren eigenen Weg darlegen wollten. Das gelang ihnen. Mit dem Ergebnis sind sowohl die Russen zufrieden, die eine grosse Zahl von Parteien hinter sich vereinigen und ihre Opposition zu China "legalisieren" konnten, wie auch die andern, weil sie an der Konferenz - die wohl die demokratischste kommunistische Zusammenkunft seit Lenins Tod war - ihre Ansichten recht frei darlegen konnten. Somit stellt die Konferenz zwar teilweise einen Erfolg für die Russen dar, wofür sie aber einen recht hohen Preis bezahlen mussten.

Herr Spühler stimmt zu, dass die Publizität der Konferenzdebatten auf eine gewisse grössere Freiheit schliessen lässt, während es andererseits den Sowjets doch gelungen ist, die kommunistische Welt bis zu einem gewissen Grad wieder unter Kontrolle zu bringen. Interessanterweise wurde die Breschnjew-Doktrin der "begrenzten Souveränität" mit wenigen Ausnahmen angenommen. Wie wird sich die Stellung der ablehnenden Parteien gegenüber Moskau gestalten? Handelt es sich bei der Opposition um eine vorübergehende Erscheinung, oder zeichnet sich eine Art Erosion der sowjetischen Position ab?

Herr Tepavac bestätigt, dass den Sowjets ein Erfolg geglückt ist, indem sie diverse Parteien hinter sich vereinigen konnten; gleichzeitig aber mussten sie öffentlich anerkennen, dass in Fragen der Interpretation sehr wesentliche Differenzen bestehen. Und die dissidenten Parteien - etwa die italienische und die rumänische - haben gerade auf Grund ihrer Stellungnahme in Moskau heute eine grössere Unabhängigkeit. Auch Belgrad hat sich durch seine Nicht-Teilnahme vermehrt Unabhängigkeit erworben, ohne dass eine Verschlechterung der Beziehungen zu Moskau befürchtet wird.

- 6 -

Herr Spühler erkundigt sich nach der jugoslawischen Interpretation der Hintergründe für die sowjetische Präsenz im Mittelmeer; wurde sie nur im Hinblick auf die arabischen Staaten aufgebaut, oder verfolgt Moskau damit noch weitere Ziele, z.B. eine Unterhöhlung der Positionen Albaniens oder Jugoslawiens?

Herr Tepavac glaubt, dass das eigentliche Motiv für die sowjetische Präsenz im Mittelmeer in der Anwesenheit der USA in diesem Raum lag; der Krieg im Nahen Osten hat dann ein zusätzliches Motiv - das der Unterstützung der Araber - geliefert. Nachdem auch Jugoslawien eine Mittelmeermacht ist, wird es von der Spannung im Nahen Osten natürlich direkt mitbetroffen.

Herr Spühler ist, was China betrifft, ebenfalls der Meinung, dass hier eine dritte Grossmacht heranwächst. Wenn die Moskauer Konferenz u.a. den Grund hatte, die sowjetische Stellung in Hinblick auf Gespräche mit den USA zu stärken, stellt sich die Frage, ob Moskau ernsthafte Gespräche mit Washington führen kann, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen - den Peking jetzt schon erhebt - es suche sich mit dem Erzimperialisten zu arrangieren.

Herr Tepavac glaubt bei allen drei Grossmächten Elemente des Ausgleichs gegenüber der dritten Macht feststellen zu können: die Politik der USA in Vietnam nimmt letzten Endes Rücksicht auf Peking, und Moskau sucht seine Differenzen zu Peking beizulegen; zwischen den USA und UdSSR ist andererseits eine immer grössere gegenseitige Toleranz festzustellen und obschon dies an sich zu begrüßen ist, weil so eine Konfrontation zwischen den beiden ausgeschlossen wird, ist doch zu befürchten, dass dadurch der Spielraum unabhängiger Drittländer eingeschränkt wird. - China tritt erst jetzt wieder auf internationaler Ebene auf, nachdem es wegen der Kulturrevolution lange Zeit paralysiert war.

Herr Spühler fragt sich, wie es um die innere Lage in der Sowjetunion bestellt ist; es scheint, dass stärkere freiheitliche Regungen zu verzeichnen sind, die aber strenger unterdrückt werden als vorher; handelt es sich hierbei lediglich um interne Machtkämpfe des gegenwärtigen Regimes, oder handelt es sich um grundlegende, definitive Schwierigkeiten des Regimes angesichts neuer Entwicklungen?

./.

- 7 -

Herr Tepavac weist darauf hin, dass die inneren Verhältnisse in der UdSSR recht komplex sind. Die Möglichkeit eines Konfliktes mit China scheint auch innerhalb der Sowjetunion und ihrer Führung ein Element der Spannung zu bedeuten. Eine andere Führung würde eventuell China gegenüber anders reagieren; unter den jetzigen Verhältnissen stärkt die Spannung zu China offensichtlich die Stellung gewisser Militärs. Sicherlich wird die Sowjetunion weder gegenüber China noch gegenüber den USA auch nur eine einzige Position aufgeben. Andererseits zeichnet sich in der öffentlichen Meinung ein Prozess ab, der mit der Zeit zu einer verstärkten Liberalisierung führen könnte; man spürt die Notwendigkeit einer Veränderung der Gesellschaft im subjektiven Bereich. Andererseits fürchtet die Öffentlichkeit einen Konflikt mit China. - Belgrad seinerseits ist, trotz schlechter Beziehungen zu Peking, dafür, dass man China seinen Platz in der Welt und in den UN zubilligen sollte; dadurch würde es zur Einhaltung gewisser Verpflichtungen angehalten.

Herr Micheli erkundigt sich, in welchem Sinne Herr Tepavac einen Ausgleich zwischen UdSSR und USA auf Kosten dritter Staaten versteht; worin besteht die Gefahr konkret?

Herr Tepavac erläutert, dass ein solcher Ausgleich durch die gegenseitige Tolerierung von Einfluss-Sphären erfolgen könnte; die Ereignisse in der CSSR haben in diese Richtung gewiesen. Belgrad war damals sehr beunruhigt. Dasselbe zeichnet sich im Nahen Osten ab: die beiden Grossmächte verfolgen ganz verschiedene Interessen, aber das hindert sie nicht, hinter verschlossenen Türen gegenseitig Lösungsmöglichkeiten auszuhandeln, die den Parteien dann unterbreitet werden sollen. Eine ähnliche stillschweigende Respektierung der gegenseitigen Interessen lässt sich in Vietnam feststellen. Diese "stillschweigende Respektierung" ist wahrscheinlich die einzige faktische Anerkennung gleicher Rechte auf der Welt seitens der Grossmächte. Jugoslawien besteht darauf, dass bei der Behandlung von Problemen, die auch Drittländer betreffen, diese Drittländer mit gleicher Stimme mitbestimmen können.

./.

- 8 -

Herr Spühler erinnert daran, dass auch der Atomsperrvertrag und das Problem der Abrüstung in die von Herrn Tepavac skizzierte Linie weisen. -

Angesichts der vorgerückten Zeit muss das Gespräch hier unterbrochen werden.

Schluss: 12.20 Uhr

2. Arbeitssitzung: 16.00 Uhr

Teilnehmer: dieselben wie am Vormittag; auf schweizerischer Seite zusätzlich Herr Botschafter Probst

Herr Roches

Herr Spühler eröffnet das Gespräch und lädt Herrn Tepavac ein, dort weiterzufahren, wo es am Mittag unterbrochen werden musste.

Herr Tepavac erkundigt sich nach der schweizerischen Ansicht über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten unter sich und den Einfluss der Grossmächte auf sie. Die Geschichte der Schweiz hat es dieser gestattet, das Geschehen in Europa aus einer gewissen Distanz zu betrachten, während Jugoslawien jeweils stärker in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

Herr Spühler geht davon aus, dass seit langem und eigentlich noch heute zwei Europa bestehen: eines im Westen und eines im Osten. Beide unterscheiden sich durch das politische und das Regierungssystem; und die Staaten des einen Europa sind Mitglieder der Nato, jene des andern solche des Warschauerpaktes. Daneben existieren neutrale oder blockfreie Länder, so Jugoslawien, Oesterreich, Schweden, die Schweiz. Sie sind alle in ihrer Struktur, ihrer aussenpolitischen Haltung, ihrer geographischen Lage verschieden voneinander, was ihrer Stimme wenig Gewicht gibt. Die Situation in Europa leidet unter der Spaltung in die zwei Blöcke, wobei wahrscheinlich der westliche Block eher als der östliche auf freiem Entschluss seiner Glieder beruht. - Es ist klar, dass die Entspannung die einzige mögliche Alternative zum Kalten Krieg bildet, wie er vor einigen Jahren herrschte; es wäre falsch, jetzt, nach den Ereignissen in

./.

der CSSR, alle Kontakte zu den Interventionsmächten abubrechen, wengleich die Intervention natürlich einen Vertrauensschwund gegenüber den Warschaupakt-Staaten mit sich gebracht hat. Eine tiefer gehende Entspannung scheint deshalb im Moment nicht möglich. Auch die Moskauer Konferenz brachte keinerlei Aussichten auf eine Entspannung. - Letzten Endes dürfte das Schicksal der Entspannung von der inneren Entwicklung in der Sowjetunion abhängen; wenn die Sowjetunion bereit ist, die Souveränität der andern Staaten zu anerkennen und ihre Konzeption von der "beschränkten Souveränität" aufzugeben, dann wäre dies ein erster Schritt. - Die restlichen Oststaaten hängen zu sehr von Moskau ab, um eigenständig im Sinne einer Entspannung und eines dauerhaften Friedens wirken zu können. - Moskau beruft sich immer wieder auf die Besorgnis über den Revanchismus in der Bundesrepublik; doch ist dies kaum der Weg, eine Lösung der Deutschlandfrage bzw. eine Regelung mit der Bundesrepublik zu finden. Auch wenn man die Spaltung Deutschlands hinnimmt - es liegt nicht an der Schweiz, sich über deren Recht- bzw. Unrechtmässigkeit zu äussern - so ist doch davon auszugehen, dass jedes Volk das Recht hat, seine inneren Angelegenheiten und seine Grenzen zu den Nachbarn selbst zu regeln. Solange diese Freiheit bestritten wird, solange gibt es keine Lösung des Problems.

Herr Tepavac erhebt Einspruch gegen die Konzeption eines "östlichen Blockes"; es gibt nur osteuropäische sozialistische Länder. Es ist längst nicht mehr so, dass die gemeinsame Ideologie auch ein politisches Bindeglied darstellt bzw. dass die sozialistischen Länder unter sich natürliche Verbündete, alle andern dagegen natürliche Feinde seien. Heute ist auch die "kommunistische Welt" durch individuelle, multilaterale Bindungen differenziert (z.B. das Verhältnis Moskau - Peking; die Stellung Kubas, Rumäniens oder Jugoslawiens). die Möglichkeit der Entspannung in Europa hängt nicht nur von der UdSSR, sondern auch von den USA ab. Nachdem es heute mehr und mehr Länder gibt, die sich nach beiden Seiten hin vermehrte Unabhängigkeit sichern wollen, und die bereit sind, sich gegen die Hegemonie der UdSSR und der USA zu stellen, ist die bisherige Bipolarität, die Spaltung in zwei Blöcke, weitgehend aufgehoben. - In diesem Zusammenhang erfolgt auch der gegenwärtige

- 10 -

Besuch in Bern; es geht nicht nur um gegenseitige Interessen, sondern auch um die Frage, wie die blockfreien Länder vermehrt aktiv werden könnten.

Herr Spühler räumt ein, dass er mit Bezug auf die Unterschiede West-Ost bewusst vereinfachend gesprochen hat. Wenn er sagte, die UdSSR stelle den Schlüssel dar für die Entwicklung innerhalb Europas, dann in dem Sinne, dass Moskau seinen Nachbarstaaten heutenoch keine grosse Freiheit lässt, Kontakte zum Westen zu schliessen. Diese Länder sind deshalb noch nicht völlig Herr über ihr aussenpolitisches Verhalten; und solange dies nicht der Fall ist, kann von einem wirklichen Pluralismus der sozialistischen Länder nicht gesprochen werden. Dies zu befördern ist Aufgabe und Ziel von Ländern wie Jugoslawien und Rumänien. Das Beispiel der CSSR hat gezeigt, wie Moskau heute noch reagiert, wenn ein sozialistischer Nachbar eigene Wege zu gehen versucht. In diesem Sinne sieht er die Abhängigkeit einer Liberalisierung in Europa von der inneren Entwicklung in der UdSSR. - Abgesehen von vereinzelten bescheidenen Versuchen einzelner Staaten sind hier keine aussichtsreichen Möglichkeiten zu verzeichnen. Auch damit, dass ein dritter Block geschaffen wird, können die beiden bisherigen Blöcke nicht überwunden werden.

Herr Tepavac erkundigt sich nach der Ansicht von Herrn Spühler über die rumänische Haltung in der Frage der europäischen Zusammenarbeit.

Herr Spühler glaubt, dass der gute Wille Rumäniens in dieser Hinsicht nicht zu bezweifeln ist, da dies für Bukarest mit Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität verkümpft ist. Es ist wichtig, mit Ländern wie Jugoslawien und Rumänien kulturelle und wirtschaftliche Kontakte zu pflegen, da dies deren nationale Politik zu stärken vermag. Für den Abschluss politischer Bindungen fällt die neutrale Schweiz nicht in Betracht.

Herr Tepavac präzisiert, dass er nicht insinuieren wollte, die blockfreien Länder sollten sich ihrerseits zu einem Block zusammenschliessen. Er sieht vielmehr eine Art freie Interessengemeinschaft der von den Blöcken unabhängigen Länder. Als Beispiel möge das Verhältnis Jugoslawien - Albanien dienen: obschon

./.

- 11 -

die Beziehungen zu Tirana nicht gut sind, achtet Belgrad dieses Land, weil es sich von den Blöcken aus eigenem und freiem Entschluss losgesagt hat. Belgrad ist bereit, mit Albanien zusammenzuarbeiten, und ihm bei der Wahrung seiner Unabhängigkeit nötigenfalls beizustehen, so wie es heute ist. - Es hat keinen Sinn, heute von Konferenzen und ähnlichen Initiativen zur europäischen Zusammenarbeit zu sprechen. Zuerst müssen sich die europäischen Länder näher kommen, soweit es ihnen die Blöcke, denen sie angehören, erlauben. Das Europa von morgen muss gekennzeichnet sein von völlig individuellen Beziehungen jeden Staates zu seinen Nachbarn und allen andern Staaten.

Herr Spühler spricht seine Bewunderung für den Weg Jugoslawiens aus, den es in einem schwierigen Moment eingeschlagen und bis heute unbeirrt verfolgt hat. - Er möchte beim Bild des künftigen Europas noch einen Schritt weitergehen: die Staaten sollten einen Teil ihrer Souveränität an supranationale Institutionen abtreten (natürlich nicht an solche wie die EWG!)

Herr Tepavac ist damit einverstanden. - Er schneidet anschliessend die CSSR-Frage an; der Fall der CSSR illustriert aufs beste das Problem, von dem schon mehrmals gesprochen wurde; die UdSSR glaubte in Prag intervenieren zu müssen, weil Prag einen Weg in Richtung aussenpolitische Unabhängigkeit und interne Demokratisierung des Sozialismus beschritt, und weil die Sowjetunion ähnliche Entwicklungen in andern sozialistischen Ländern befürchtete. Neben der bereits etablierten Unabhängigkeit Jugoslawiens und Rumäniens hätte dies letzten Endes auch die innere Struktur der Sowjetunion selbst in Frage stellen können. Es ging also Moskau nicht nur um die strategische Verteidigung ihrer Flanke gegen die Bundesrepublik. - Heute werden in der CSSR jene Änderungen vorgenommen, die der UdSSR passen, und die Situation wird sich an jenem Tage nach sowjetischem Wunsche "normalisiert" haben, wo die tschechoslowakische Presse anfängt, Jugoslawien anzugreifen. - Jugoslawien hat sich von Anfang an gegen die Intervention gestellt und ist nie von dieser Haltung abgewichen. Aus der Tatsache der jugoslawischen Unterstützung für die legitime Regierung Dubcek

./.

- 12 -

wird heute der Vorwurf abgeleitet, Dubcek habe unter jugoslawischem Einfluss gehandelt, was absurd ist. Soweit es an Jugoslawien liegt, sollen sich auch heute die Beziehungen zu Prag nicht verschlechtern. Wenn das heutige tschechische Regime dieses Ziel anstrebt, dann ist das seine Sache. - Was mit der Tschechoslowakei geschieht, ist in gewissem Sinne noch heute auch für Rumänien und Jugoslawien bedeutsam. Denn niemand hat bis heute die Theorie der gegenseitig geduldeten Interessensphären zwischen den beiden Supermächten dementiert. Aber jedenfalls wird jeder Versuch, Jugoslawien zu bedrohen, eine entsprechende Antwort finden.

Herr Spühler bestätigt, dass der Wille zur Unabhängigkeit vom Widerstands- und Verteidigungswillen abhängt. Da liegt die Sache für Jugoslawien etwas anders als für Rumänien; Jugoslawien hat eigene Erfahrungen in der Selbstverteidigung und ist besser bewaffnet. In der Schweiz besteht für den jugoslawischen Standpunkt volles Verständnis; hier weiss man aus Tradition, dass Neutralität und Unabhängigkeit nur insoweit gelten, als sie von entsprechender Bewaffnung begleitet sind. - Bekanntlich wird von gewisser Seite behauptet, die von Dubcek eingeleitete Entwicklung hätte letztlich zum "Kapitalismus" geführt; trifft dies nach jugoslawischer Ansicht zu?

Herr Tepavac glaubt dies nicht. Natürlich gibt es heute in der CSSR Leute, die unter Hinweis auf diese angebliche Gefahr die Intervention verteidigen; aber das gilt nicht für die öffentliche Meinung in der CSSR. Und letzten Endes wird man dort - sofern nicht offene Waffengewalt angewendet werden soll - zu einer Kompromissformel zwischen den Interessen der UdSSR und dem Willen der Bevölkerung gelangen müssen. Der Sieg, den die Russen in Prag errungen haben, war ein Pyrrhussieg, und sie müssen die Volkswirtschaft der CSSR heute mit grossen Beiträgen stützen. Die CSSR von morgen wird nicht mehr jene Dubceks sein, aber auch nicht mehr jene Novotnys.

Herr Spühler kommt auf den Nahen Osten zu sprechen: auch hier gilt das Recht auf Selbstbestimmung, und ein Friedensdiktat der Grossmächte entspricht nicht den Realitäten. Abgesehen davon ist

./.

- 13 -

das Problem sehr kompliziert, umsomehr als die Araber noch immer nicht bereit sind, Israel zu anerkennen. Vorläufig bleibt der Nahe Osten ein Gebiet, wo sich die Grossen disputieren.

Herr Tepavac stellt fest, dass sich seine Meinung, trotz verschiedener Interpretation der Hintergründe, im Grossen und Ganzen mit jener von Herrn Spühler deckt. Grundlage für eine Lösung sollte die UN-Revolution vom September 1967 bilden. Was Israel betrifft, ist zu sagen, dass die Neigung gross ist, zu behalten, was man militärisch errungen hat; das ist ein gefährlicher Weg und könnte auch in andern Teilen der Erde Schule machen. Israel sollte dazu gebracht werden, sich wieder aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen; in diesem Punkt wird Belgrad weiterhin die Araber unterstützen. Andererseits sollte Israel das Recht auf Existenz zuerkannt werden. - Eine Lösung scheint sich noch lange nicht abzuziehen, und solange wird die Region gefährdet bleiben; und was im Nahen Osten geschieht, hat Auswirkungen auf das gesamte Mittelmeergebiet, zu dem auch Jugoslawien gehört. - -

Was die Konsultativ-Konferenz der Blockfreien in Belgrad betrifft, so haben sich bis heute 46 Staaten angemeldet, die alle schon an der Konferenz von Kairo teilgenommen hatten. Als blockfreies Land hätte Jugoslawien gerne alle andern Blockfreien eingeladen, aber als Gastgeberland hatte es gewisse Rücksichten zu nehmen. Die UdSSR nahm anfangs eine sehr negative Haltung ein, aber als das Zustandekommen der Konferenz feststand, hat sie die Taktik geändert und sucht nun, die Thematik der Konferenz in ihrem Sinne zu beeinflussen. Die USA haben sich nicht eingemischt, weil sie glauben, dass die Konferenz den Interessen der UdSSR abträglich ist. China hat sich der Konferenz nicht entgegengestellt, was bereits ein Fortschritt ist. Themen werden sein: Friedenssicherung, Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung, Kampf für Souveränität und Unabhängigkeit der Völker. Es ist hier anzumerken, dass das Hilfsprogramm der Schweiz im allgemeinen auf Verständnis stösst; vor allem wegen dem guten Willen, der darin manifestiert wird. Heute, wo die Kluft zwischen Entwicklungsländern und den Industriestaaten immer grösser wird, wirkt jeder gute Wille als anregendes und stimulierendes Beispiel.

./.

- 14 -

Herr Spühler wünscht der Konferenz Erfolg und erläutert die schweizerische Position, die eine Teilnahme ausschliesst. Das hindert nicht, dass man hier die Arbeit der Konferenz mit Interesse verfolgt.

Herr Tepavac möchte, angesichts der vorgerückten Zeit, nur noch ein einziges bilaterales Problem anschneiden: die Unausgeglichenheit der gegenseitigen Handelsbilanzen. An sich handelt es sich nicht um gravierende Erscheinungen; aber es liesse sich denken, dass eine schweizerische Delegation von Importeuren nach Jugoslawien fährt, um an Ort und Stelle weitere Einkaufsmöglichkeiten zu studieren; das käme auch den schweizerischen Exporteuren zugute. (Beispiel Italiens.) - Was die EWG betrifft, so haben Jugoslawien und die Schweiz wohl ähnliche Schwierigkeiten.

Herr Probst hofft, dass am Abend noch ausgiebig Gelegenheit besteht, die Probleme des Handels zu erörtern. Schweizerischerseits wird der jugoslawische Standpunkt sehr gut verstanden, wenngleich heute, im Zeichen des Multilateralismus, der bilaterale Ausgleich der Handelsströme nicht mehr von vordringlicher Wichtigkeit scheint. Die Statistik der ersten fünf Monate des laufenden Jahres zeigt übrigens, dass der jugoslawische Export nach der Schweiz prozentual und doppelt so stark zugenommen hat wie die schweizerischen Exporte nach Jugoslawien. Vereinzelt, rein technische Schwierigkeiten, die noch bestehen, können via die diplomatischen Vertretungen routinemässig beigelegt werden. Der Gedanke einer privaten schweizerischen Handelsmission ist auch in Bern aufgetaucht und wird zu studieren sein.

Herr Spühler schliesst das Gespräch im Hinblick auf die unmittelbar darauf anberaumte Pressekonferenz. Er dankt für die offenen Darlegungen der jugoslawischen Seite, die schweizerischerseits geschätzt wurden.

Schluss: 18.00 Uhr.